

Nichts passt mehr zusammen in der EU

geschrieben von Admin | 12. Januar 2026

Das gilt besonders für die Stromnetze

von Edgar L. Gärtner

Um Europa steht es nicht gut. Das gilt insbesondere für das Gebilde „Europäische Union“ (EU). Will man den Hauptakteuren der EU, die heute offenbar alle aneinander vorbeireden, keine bösen Absichten unterstellen, bleibt als Erklärung nur diese Vermutung: Jeder Einzelne von ihnen weiß im Grunde nicht, was er will. Aber einig sind sie sich alle über das, was sie nicht wollen: die Wahrheit über den geistigen Zustand und die wirtschaftlichen Perspektiven Westeuropas. Diese Wahrheit vernimmt man heute eher jenseits des Atlantiks als aus dem Mund europäischer Spitzenpolitiker.

Konstruktiver europäischer Aufbruch

Dabei hat die westeuropäische Einigung nach dem Zweiten Weltkrieg durchaus faktenbasiert und konstruktiv begonnen. Den Gründervätern des nach Westen orientierten Nachkriegs-Europa wie vor allem den Franzosen Jean Monnet und Robert Schumann war bewusst, dass die enormen Kriegsschäden, unter denen fast alle europäischen Länder litten, nur mithilfe eines starken Wirtschaftswachstums überwunden werden konnten. Um diesem den Weg freizumachen, bedurfte es billiger Energie im Überfluss. Aus diesem Grunde setzten sich die beiden Franzosen mit Spitzen-Beamten der ersten Bonner Bundesregierung unter Konrad Adenauer zusammen, um jenseits der Feindbilder des Krieges die Gründung der „Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)“, bekannt als Montanunion auszuhandeln. Diese wurde im Jahre 1952 gegründet.

EWG und EURATOM

Die offizielle deutsch-französische Aussöhnung in Gestalt des zwischen dem französischen Staatspräsidenten General Charles de Gaulle und des deutschen Bundeskanzlers Konrad Adenauer am 22. Januar 1963 feierlich abgeschlossenen Élysée-Vertrages kam zwar erst später, aber in der Zwischenzeit kam es zwischen den Regierungen von sechs westeuropäischen Ländern zu wachsender Annäherung in der Wirtschafts- und Energiepolitik. 1957 unterzeichneten die Regierungen von Deutschland, Frankreich, Italien und den Benelux-Staaten in Rom den Vertrag über die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Deren Hauptziel war die Förderung des Handels zwischen den Mitgliedsländern. Dabei lag wegen des damals noch großen Anteils der Landwirtschaft an der Wertschöpfung der Volkswirtschaften zunächst der Schwerpunkt auf Agrarprodukten.

Aber die Frage einer zuverlässigen und bezahlbaren Energieversorgung wurde dabei nicht vergessen. Parallel zur Vorbereitung der EWG-Gründung verständigten sich die Regierungen darüber, die Kohle-Verstromung nur als Übergangslösung zu betrachten. Sie setzten (vor allem auf Druck Frankreichs, wo die Entwicklung der Kernenergie zunächst vom bekannten Pazifisten Frederick Joliot-Curie vorangetrieben wurde) auf die Atomenergie. 1957 kam es zum Abschluss des EURATOM-Vertrages. Aber auch in Deutschland gab es nach dem Abbruch der Entwicklung von Kernreaktoren unter der Naziherrschaft (die wahrscheinlich weiter gediehen war, als die offiziellen historischen Darstellungen ahnen lassen) eine Lobby für die Erschließung der Atomenergie, die damals tatsächlich so hieß. (Ich wohne in Bad Nauheim in Mittelhessen selbst in einem Haus, das nach dem Krieg vom Kernphysiker Prof. Robert Jäger und dessen Bruder, dem Komponisten Willy Jäger erbaut wurde, wie eine Bronzetafel an der Fassade ausweist. Jäger gilt als einer der „Väter“ des bundesdeutschen Atomprogramms unter Franz Josef Strauß.) Leider wurde der parallele Weg zwischen dem Aufbau der EWG und dem Ausbau von EURATOM später verlassen. Einer der wichtigsten Gründe für die Anstrengungen Westeuropas, eine preisgünstige Energieversorgung aufzubauen, war selbstverständlich der Kalte Krieg (Systemwettbewerb) mit dem kommunistisch beherrschten Osten. Nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Volkswirtschaften im Osten ließen diese Anstrengungen sichtbar nach und der von enttäuschten Narzissmus genährte Selbsthass der Grünen begann sich in Form der Kohlenstoff-Phobie durchzusetzen.

2001: Die EU beginnt, Grün zu werden

Davon zeugt der Ausgang des Europäischen Rates von Barcelona im Jahre 2001. Auf einmal ging es im Grunde nicht mehr um die Sicherstellung einer preiswerten Energieversorgung als Basis für rasches Wirtschaftswachstum, sondern um die Verknappung und Verteuerung der Energie durch den Ausbau der unzuverlässigen, weil wetterabhängigen „dekarbonisierten“ Energiequellen Wind und Sonne. Das hätte die Stunde der Kernenergie sein können, da bei den bislang üblichen Atomkraftwerken über den gesamten Lebenszyklus nur 6 Gramm Kohlenstoffdioxid (CO₂) je Kilowattstunde anfallen (Quelle), während Photovoltaik-Paneele zehnmal mehr CO₂ produzieren. Doch die Kernenergie wurde von den Grünen aus uneinsichtigen Gründen verteufelt. Dabei decken alle zufallsabhängigen „Erneuerbaren“ zusammengenommen bis jetzt nicht mehr als 2,5 Prozent des europäischen Strombedarfs. (Tatsächlich hat die Klimaentwicklung wenig bis nichts mit dem CO₂-Gehalt der Atmosphäre zu tun.)

Ich erinnere daran, dass ich wie der geniale Geo- und Astrophysiker Thomas Gold keinen grundsätzlichen Unterschied zwischen „fossilen“ und biotischen Ressourcen sehe. Die Entscheidung der EU für die (vorgeblichen) „Erneuerbaren“ und die Abkehr von den „Fossilien“ impliziert aber die Abkehr von der historisch im Einklang mit dem Grad der Industrialisierung und Urbanisierung gewachsenen Elektrizitätserzeugung in zentralen Kraftwerken und die Rückkehr zu

einer dezentralen Elektrizitätserzeugung, wie sie vor über 100 Jahren überwog. Diese bedarf aber einer Vervielfältigung der Übertragungsleitungen sowohl national als auch international. Während zwischenstaatliche Koppelstellen zwischen den Leitungsnetzen früher eher für seltene Notfälle ausgelegt waren, soll der zwischenstaatliche Elektrizitätstransport nun zur Dauereinrichtung werden. Um einen europäischen Binnenmarkt für Elektrizität für die inzwischen auf 27 Mitglieder angewachsene Europäische Union zu schaffen, legte der Europäische Rat zu Beginn des 21. Jahrhunderts eine Kopplungskapazität zwischen den Stromnetzen der EU-Mitgliedsstaaten von mindestens 10 Prozent der installierten Produktionsleistung fest. Doch dieses Ziel wurde bis Ende 2025 von acht EU-Mitgliedsstaaten nicht erreicht. Währenddessen hat die EU-Kommission bereits beschlossen, bis 2030 das Ziel von 15 Prozent zwischenstaatliche Transportkapazität anzusteuern.

Zentrale und dezentrale Energiequellen passen nicht zusammen

Um das Ziel einer optimalen Vernetzung dezentraler Energiequellen zu erreichen, bedarf es nach Schätzungen des Europäischen Rechnungshofes bis 2030 Investitionen von fast 600 und bis 2050 fast 2.000 Billionen Euro. Denn viele schon fest geplante „Erneuerbaren“-Projekte warten wegen Leitungs-Engpässen noch auf ihre Genehmigung. Aber diese Investitionen finden nicht statt, weil sie wirtschaftlich unsinnig sind. Wer würde schon freiwillig Milliarden investieren, um überschüssigen Solarstrom von Spanien über Frankreich nach Deutschland zu leiten? (Das war übrigens eine der Ursachen für den Beinahe-Blackout, der im vergangenen Jahr Spanien heimsuchte.) Die EU-Kommission versucht, diesen Problemen mithilfe des im Dezember 2025 vorgestellten Programms „Grids Package“ zu begegnen. Doch Samuel Furfari, ehemaliger für Energie zuständiger hoher EU-Beamter, weist darauf hin, dass die Politik den Aufbau eines internationalen Stromnetzes nicht einfach dekretieren kann. Es braucht dafür Jahrzehnte.

Unter der Dysfunktionalität der gegenwärtigen unzureichenden Vernetzung zwischen „erneuerbaren“, d.h. zufälligen mit den zuverlässig steuerbaren Energiequellen Wasser- und Kernkraft leidet insbesondere Frankreich. Im vergangenen Jahr gab es wegen der wetterbedingten zeitweiligen Überproduktion von Solar- und Windenergie nicht weniger als 432 Stunden mit negativen Strompreisen. Dadurch drohen die Milliarden-Investitionen in den Bau von Kernreaktoren des Typs EPR2 unrentabel zu werden, denn diese sind auf eine hohe Zahl jährlicher Betriebsstunden ausgelegt. Die Investitionskosten der sechs in Frankreich geplanten EPR2-Reaktoren werden auf etwa 83 Milliarden Euro veranschlagt. Die Kernkraftwerke können, um die Überproduktion abzufangen, höchstens um 20 Prozent gedrosselt werden. Die Zahl der Stunden mit negativen Strompreisen wird also in den kommenden Jahren weiter steigen, wenn nichts geschieht.

Deshalb erscheint es umso unverständlicher, dass der Entwurf für den

nächsten französischen Zehn-Jahresplan der Energieversorgung (PPE3), der wegen der französischen Regierungskrise noch immer nicht verabschiedet ist, von einer Komplementarität zwischen planbaren und wetterabhängigen Energiequellen ausgeht. Aktuell zeigt es sich jedoch, dass beide schlicht inkompatibel sind. Sie ergänzen sich nur in seltenen Ausnahmefällen. Solange die EU-kommission unter Ursula von der Leyen das Dogma der Dekarbonisierung nicht aufgibt, kann wohl keine Ordnung in das europäische Zusammenspiel der europäischen Elektrizitätsnetze einziehen. Das erscheint umso dringender, als die EU mit ihrer Politik der Dekarbonisierung inzwischen weltweit allein dasteht.